



Verband Deutscher Schullandheime,
Landesverband Saarland e.V. (VDS-LV SL)
Der Vorsitzende

Horst Cürette
Eichenbornweg 7 a
66798 Wallerfangen
06831 8933552

Positionspapier/Pressenformation des VDS-LV SL zum Konjunkturpaket der Bundesregierung.

Information vorab:

Der Verband Deutscher Schullandheime (VDS) hat vor mehr als zwei Monaten das Rettungspaket für die Gemeinnützigen Bildungsanbieter beim Bund ins Rollen gebracht. 1.700 Einrichtungen aus 14 großen Verbänden, darunter der VDS, die Naturfreunde, die ANU, der Arbeitskreis der Bildungszentren, kirchliche Einrichtungen, das DJH, Pfadfinder, KIEZE usw., haben dem VDS ihre Einnahmeausfälle und die zwingend notwendige Unterstützung bis 31.03.2021 gemeldet.

Die drei wesentlichen Zahlen für diese Einrichtungen:

Einnahmeausfälle: 1,1 Milliarden Euro, Zwingend notwendige Unterstützung: 730 Mio. Euro, gefährdete Arbeitsplätze: 40.000

Vorbemerkung für die vier saarländischen Schullandheime: Dank der Zuschüsse der Landesregierung, hier besonders des Umweltministeriums für die Schullandheime Spohns Haus und Biberburg sowie des Regionalverbandes für das Schullandheim Oberthal und das MDI mit Übergangsbelegungen im Schullandheim Braunshausen, können in unseren Häusern momentan die schlimmsten Entwicklungen abgewendet werden und es musste niemand entlassen werden (Kurzarbeit aber sehr wohl).

Jetzt zum Konjunkturpaket:

Die Hilfe geht an Realität und Bedarf vorbei! Eine bleierne Rettungsweste wird vielen kleinen Bildungshäusern angeboten!

Die Bundesregierung hat Hilfe für die Bildungsstätten gemäß Ziffer 15 des Koalitionspakets als Kredite vorgesehen, und nicht komplett als Zuschuss in Ziffer 13. Das ist eine Hilfe, die an der Realität und dem tatsächlichen Bedarf vorbeigeht! Leider, denn der VDS und alle Mitglieder der "Interessengemeinschaft Rettungsschirm" haben seit Monaten darauf hingewiesen, dass kleine und ehrenamtlich geführte Häuser keinerlei Kredite beantragen können (u.a. Haftung ehrenamtlicher Vorstände) oder bekommen werden bzw. diese nicht zurückzahlen können. Gemeinnützige haben keine Rücklagen und können auch wegen der in

vielen Ländern geltenden Kostenbegrenzungen für Schullandheimaufenthalte keine Überschüsse erwirtschaften.

Die Zuschüsse für nur 3 Monate (Ziffer 13) bedeuten für die Mehrzahl der gemeinnützigen Bildungseinrichtungen, und so auch für unsere Schullandheime in der Regel Gesamtzuschüsse für **3 Monate zwischen 9.000,- € und 15.000,-€**, je nach Beschäftigtenzahl, und danach gibt es nichts mehr außer den o.a. Krediten.

Seit Mitte März d.J. sind 14 bundesweite Dachverbände gemeinnütziger Jugend- und Bildungshäuser mit den Regierungsparteien, Mitgliedern des Haushaltsausschusses im Bundestag und MdBs im Gespräch. Der VDS hat für seine Arbeit in und für die Schullandheime und die übrigen Bildungsstätten der Initiative wiederholt Anerkennung erfahren, nun brauchen wir dringend ausreichend finanzielle Hilfe!

Nach 10 corona-leeren Wochen stehen viele Häuser vor der Insolvenz. Klassenfahrten, Bildungsreisen und Kurse wird es dort bald nicht mehr geben. Die zu erwartenden weiteren, stringenten Regelungen nach den Ferien verschlimmern diese Situation zusätzlich.

In vielen Bundesländern gibt es zum Glück für die Jugendherbergen (und ausnahmsweise hier und da auch für einige andere Häuser), vergleichbar mit der exklusiven Berichterstattung über das DJH in den Medien, besondere und exklusive Zuschussregelungen. Die Not dieser Häuser ist im Vergleich mit fast allen anderen Bildungshäusern von daher teilweise schon gelindert. Aber mehr als 1.200 Einrichtungen fürchten trotz des jetzt vorliegenden Konjunkturpakets die Insolvenz, dies trifft auch für unsere 260 Schullandheime zu.

In 1.700 Häusern wurden **36 Millionen Übernachtungen** bis März 2021 abgesagt, bundesweit haben wir als VDS als Sprecher dieser Interessengemeinschaft insgesamt einen Mangelbedarf in Höhe von **736.000.000 Euro** angemeldet, **40.000 Arbeitsplätze** drohen verlorenzugehen. Eine über Jahrzehnte aufgebaute Struktur der Bildung, Jugendhilfe und regionalen Netzwerkarbeit ist in Gefahr, zu verschwinden.

Im Koalitionsausschuss am 3. Juni hat die Bundesregierung auch Hilfe für Bildungsstätten vorgesehen und wir sind dankbar für diese positive Nachricht. Allerdings sind anders als hier vorgesehen nur für 3 Monate und in viel zu geringem Umfang, längerfristige Überbrückungshilfen in Form von Zuschüssen die sich an dem ermittelten individuellen Bedarf orientieren dringend nötig. Die laufenden Kosten die auch ohne Gäste oder Kursteilnehmende entstehen, können mit 3.000,- bis -5.000,- € monatlich nicht gedeckt werden und enden auch nicht nach 3 Monaten. Und diese Zuschüsse müssen schnell und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden.

Die Hilfe zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen soll dem Ausschuss zufolge hauptsächlich in Form von Krediten kommen. Kredite sind für gemeinnützige Organisationen i.d.R. keine Hilfe, weil sie als geförderte Einrichtungen weder Rücklagen bilden noch Gewinne erwirtschaften können. Außerdem kann man sich ausrechnen, was für zwei Jahre pro Einrichtung zu erwarten ist, wenn ca. 100.000 Anspruchsberechtigte auf insgesamt 1 Milliarde € zugreifen, da bleiben 10.000,- € für zwei Jahre. Da Klassenfahrten ersatzlos ausfallen und Bildungshäuser voraussichtlich

bis 2021 nur eingeschränkt gebucht werden dürfen, gibt es keine Nachholeffekte. Buchungsausfall kann nicht durch Mehrarbeit kompensiert werden. Um Kredite zurückzuzahlen, wären die Häuser gezwungen, die Preise für Bildungsangebote anzuziehen. Damit würde Bildung ein Luxusgut für wenige Teilnehmer! Wir meinen: Bildung sollte niemanden ausschließen und Preiserhöhungen sind am Markt nicht durchzusetzen!

In den Kreisen der gemeinnützigen Schullandheime spricht man von einem "Marktbereinigungsprogramm" bei dem nur die ohnedies schon besser aufgestellten oder unterstützten Einrichtungen werden überleben können.

Ein breites Bildungsangebot zum Leben-lernen muss für die Zukunft erhalten bleiben. Nach der Zeit des individuellen Lernens werden die gemeinnützigen Bildungshäuser dringend gebraucht, um Zusammenhalt und Gemeinschaft in der Gruppe wieder zu stärken. Soziale Kompetenzen, ohne die eine Gesellschaft nicht zukunftsfähig ist, erlernen Kinder nicht am PC – sondern z.B. auf Klassenfahrten. Deshalb fordern die Verbände, an der Ausgestaltung der Hilfe zur Überbrückung und zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen beteiligt zu werden, damit die Realität der Bildungsanbieter berücksichtigt wird.

Exemplarisch für die Schullandheime und für den Verband Deutscher Schullandheime e.V. für deren Überleben pro Haus bis zum 31.03.2021 (12 Monate) ein Bedarf von im Durchschnitt 150.000,- bis 200.000,- € errechnet wurde, bedeuten die jetzigen Angebote gerade einmal in den ersten drei Monaten 9.000,- bzw. bis zu 15.000,- € (Ziffer 13) und dann bis Ende 2021 ein Darlehen (Ziffer 15) von 10.000,- € (rechnerisch wenn alle 100.000 Anspruchsberechtigten einen Antrag stellen und losgelöst von der Frage der Kreditfähigkeit und der Möglichkeiten das Darlehen zu bedienen).

In der Summe fehlen 60 bis 80 % des ermittelten Wertes pro Haus. Und das haben wir allen politischen Verantwortungsträgern mehrfach deutlich gemacht.

Obwohl den Regierungsparteien die Situation der Gemeinnützigen und die benötigten Unterstützungen frühzeitig und vielmals kommuniziert wurden, ist die Lobby für das Thema Bildung und Nachhaltige Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen offensichtlich nicht stark genug um gegenüber Lufthansa, DB oder der Automobilindustrie zu bestehen. Auch 40.000 Arbeitsplätze sind offensichtlich nicht genug um einen wirklichen Rettungsschirm für die Gemeinnützigen aufzuspannen. Wir versuchen als VDs zusammen mit den anderen hier noch Änderungen herbeizuführen, wenn uns das nicht gelingt, wird sich die Bildungslandschaft dramatisch verändern - sicher nicht zum Besseren.